

# Strahlentelex

## mit ElektromogReport

Unabhängiger Informationsdienst zu Radioaktivität, Strahlung und Gesundheit

ISSN 0931-4288

[www.strahlentelex.de](http://www.strahlentelex.de)

Nr. 656-657 / 28. Jahrgang, 1. Mai 2014

### Strahlenfolgen:

„Verlorene Mädchen“ durch Radioaktivität – Ein Fachgespräch am 7. April 2014 im Deutschen Bundestag in Berlin mit Hagen Scherb, Karl Sperling und Inge Schmitz-Feuerhake.

Seite 5

### Strahlenfolgen:

Das genetische Strahlenrisiko – ein sträflich vernachlässigtes Problem bei der Folgenabschätzung atompolitischer Maßnahmen. Ein Beitrag von Inge Schmitz-Feuerhake.

Seite 6

### Atommüll-Zwischenlager:

In der Umgebung eingelagerter Castoren existiert ein Mischstrahlungsfeld von Neutronen- und Gammastrahlen. Ein Beitrag von Rolf Bertram.

Seite 10

### Fukushima:

Der UNSCEAR-Bericht zu den Folgen von Fukushima spielt das wahre Ausmaß der gesundheitlichen Folgen der Atomkatastrophe systematisch herunter, kritisiert die IPPNW.

Seite 11

## Atommüll

### Mitglieder der Endlager-Kommission eingesetzt

#### Der BUND will sich nun doch noch beteiligen

*Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu lassen und trotzdem zu hoffen, daß sich etwas ändert.*  
Albert Einstein

Am 10. und 11. April 2014 haben Bundestag und Bundesrat ohne Aussprache die Mitglieder der „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ nach dem Standortauswahlgesetz (StandAG) bestimmt. Der Bundestag entsandte demnach für die Politik aus seinem Kreis die acht Abgeordneten Steffen Kanitz, Andreas Jung, Eckhard Pols

und Florian Oßner (alle CDU/CSU), Matthias Miersch und Ute Vogt (beide SPD), Hubertus Zebel (Die Linke) sowie Sylvia Kotting-Uhl (Grüne).

Weitere acht Politiker bestimmte der Bundesrat als Ländervertreter: Franz Untersteller (Grüne, Baden-Württemberg), Marcel Huber

(CSU, Bayern), Christian Pögel (SPD, Mecklenburg-Vorpommern), Stefan Wenzel (Grüne, Niedersachsen), Gertel Duin (SPD, Nordrhein-Westfalen), Stanislaw Tillich (CDU, Sachsen), Reiner Haseloff (CDU, Sachsen-Anhalt), Robert Habeck (Grüne, Schleswig-Holstein).

Dem Gesetz zufolge besteht die Atommüllkommission insgesamt aus 33 Personen: einer oder einem Vorsitzenden und 16 Parteipolitikerinnen und -politiker (die sämtlich nicht stimmberechtigt sind) sowie acht „unabhängigen Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler“ und acht „Vertretern der Zivilgesellschaft“ (unterteilt in je zwei Vertretern aus der „Wirtschaft“, den „Gewerkschaften“, den „Kirchen“ und den „Umweltverbänden“).

Den Vorsitz der Kommission sollen sich nun zwei ehemalige Staatssekretäre aus dem Umweltministerium abwechselnd teilen: Ursula Heinen-Esser von der CDU und Michael Müller von der SPD. Sie wurden im Alleingang von den Parteien bestimmt, ohne

Beteiligung der Kommissionsmitglieder.

Auch die stimmberechtigten Wissenschaftler wurden im Alleingang von den Parteien bestimmt. Unter ihnen und den Vertretern der Zivilgesellschaft sind viele Parteimitglieder.

#### Wechselnde Vorsitzende

Ursula Heinen-Esser (CDU) war von 2009 bis 2013 Staatssekretärin im Umweltministerium unter Norbert Röttgen und Peter Altmaier. Sie hat das Endlagersuchgesetz, das die Kommission evaluieren soll, mit erarbeitet und als Bundestagsabgeordnete mit beschlossen. Sie ist Aufsichtsratsvorsitzende der atomfreundlichen Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS).

Michael Müller (SPD) ist ebenfalls ehemaliger Staatssekretär im Umweltministerium (unter Sigmar Gabriel von 2005 bis 2009). In ersten Interviews gab er sich als Interessenvertreter der Umweltbewegung. Müller ist Vorsitzender der Naturfreunde Deutschlands, ein aus der Arbeiterbewegung hervorgegangener und

Strahlentelex, Th. Dersee, Waldstr. 49, 15566 Schöneiche b.Bln.  
Postvertriebsstück, DPAG, „Entgelt bezahlt“ A 10161 E

18. April 2014

## Nicht in unserem Namen!

### Anti-Atom-Gruppen lehnen Beteiligung an Atommüll-Kommission ab

Nachdem es eine breite Diskussion über die Teilnahme von Umweltverbänden an der „Endlager“-Kommission innerhalb der Bewegung gab, die in einer geschlossenen Ablehnung einer Teilnahme endete [1], ist der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) aus der Runde ausgestiegen und hat im Alleingang seine Teilnahme beschlossen. Es ist sehr bedauerlich, dass der BUND durch seine Beteiligung an der Kommission nun die „Endlagersuche“ unter wissenschaftlich und politisch völlig untragbaren Bedingungen legitimieren wird. Durch die Teilnahme von Umweltverbänden wird in der Bevölkerung der Anschein erweckt, dass dort unvoreingenommen nach einer Lösung gesucht werden soll. Dass dies nicht der Fall ist, haben die Umweltverbände in ihren Stellungnahmen deutlich gemacht. [2]

Aus Sicht vieler Anti-Atom-Initiativen ist Vertrauen in die Politiker\*innen, die Atomkraftwerke bis 2022 weiter betreiben wollen und gleichzeitig den unbefristeten Weiterbetrieb von Atomfabriken in Gronau und Lingen und damit eine weitere Produktion von Atommüll ermöglichen, fehl am Platz. Die Eile, die von Seiten der parlamentarischen Ebene in Sachen des hochradioaktiven Atommülls an den Tag gelegt wird, ist nach Ansicht der Atomkraftgegner\*innen hinsichtlich eines Atomausstiegs auf ganz anderen Ebenen geboten. Die geplante Restlaufzeit der Atommeiler sowie der Export von Atomtechnologie bergen erhebliche Risiken, die eine sofortige Abschaltung erforderlich machen. Auch bei der Urananreicherung, dem weltweiten Vertrieb von Kernbrennstoffen und nicht zuletzt der Suche nach einem weniger schlechten Umgang mit Atommüll ist schnelles Handeln gefragt.

Unserer Ansicht nach dient diese Kommission, in der Politiker\*innen und Atomwirtschaft die Diskussionsbedingungen diktieren, nur als Feigenblatt und letztendlich zur Durchsetzung des ungeeigneten Lagers in Gorleben.

Wir, als Anti-Atom-Initiativen sind überzeugt davon, dass es kein sicheres „Endlager“ geben kann, da niemand über Millionen Jahre voraus planen kann. Bestätigt wird diese Position von den vielfältigen Problemen im einzigen „Versuchs-Endlager“ Asse. Dieses Lager ist bereits nach dreißig Jahren havariert und muss mit Milliardenaufwand über Jahrzehnte geräumt werden. Wahrscheinlich gibt es einen weniger schlechten Umgang mit Atommüll, aber ein „Endlager“ wird eine Illusion bleiben.

Daher möchten wir betonen, dass die Teilnahme des BUND an der Kommission nicht in unserem Namen erfolgt. Die Kriterien für die Standortsuche, die von dem Gremium entwickelt werden, werden nicht unsere sein und wir stellen bereits jetzt klar, dass wir uns ihnen nicht verpflichtet fühlen werden.

Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ e.V., AKU Wiesbaden, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, BI Kiel gegen Atomanlagen ContrAtom, AntiAtomGruppe Freiburg, Anti-Atom-OWL anti-atom-plenum Berlin, Arbeitskreis gegen Atomanlagen Frankfurt am Main, anti-atom-büro Hamburg, Systemoppositionelle Atomkraft, Nein Danke Gruppe Hamburg (SAND), BI AntiAtom Ludwigsburg, AntiAtomPlenum Göttingen, Anti-Atom-Initiative Göttingen, atomkraftENDE.darmstadt\*, Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim, Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz, Bremen (MAUS e.V.), Initiative für den Sofortigen Atomausstieg Münster (SofA), Aktion 3.Welt Saar, Anti\_Atom\_Plenum Köln, Lüneburger Aktionsbündnis gegen Atom (LAGA)

[1] [http://ag-schacht-konrad.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=1206&Itemid=273](http://ag-schacht-konrad.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1206&Itemid=273)

[2] <https://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/atom-muell/kommission/mitglieder.html>

Kontakt für Rückfragen: Hanna Poddig (contratom), [hanna@contratom.de](mailto:hanna@contratom.de)

der SPD nahestehender Verband. Die Naturfreunde haben keine Mitglieder für die Kommission benannt. Müller ist auch nicht von den Umweltverbänden benannt worden, sondern von den Parteien.

#### „Vertreter der Wissenschaft“

Die von den Parteien im Bundestag als „Vertreter der Wis-

senschaft“ benannten Männer sind nicht als solche ausgewiesen: Dr. Detlef Appel, Hartmut Gaßner, Prof. Dr. Arnim Grunwald, Dr. Ulrich Kleemann, Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla, Michael Sailer, Hubert Steinkemper und Prof. Dr. Bruno Thomaske.

Bruno Thomaske, Ex-Atommanager und Ex-Chef der

Vattenfall-AKW Brunsbüttel und Krümmel, war zuvor beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) viele Jahre für die Endlager(projekte) Gorleben, Schacht Konrad und Morsleben verantwortlich sowie für die Genehmigung von Zwischenlagern. Darunter auch das in Brunsbüttel, das der Verwaltungsgerichtshof Schleswig unlängst wegen eklatanter

Sicherheitsdefizite für illegal erklärt hat. Thomaske setzte sich 1997 über die Bedenken von Geologen hinweg und die weitere Erkundung des Salzstocks Gorleben durch, den er für „sorgfältig ausgewählt“ und „fraglos geeignet“ hält. Er ist Inhaber eines vom Energiekonzern RWE finanzierten Lehrstuhls an der RWTH Aachen (2010) und Leiter des dortigen Instituts für Nukleare Entsorgung und Techniktransfer (NET). Mit seiner Beratungsfirma erhielt er knapp eine Million Euro für seinen Beitrag zur „Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben“ (VSG), die ein Endlager im maroden Salzstock ermöglichen soll. Er ist Präsidiumsmitglied des Deutschen Atomforums, der Werbeorganisation der Atomwirtschaft.

Hubert Steinkemper ist ebenfalls kein Wissenschaftler, sondern Verwaltungsjurist und Atomhardliner aus dem Umweltministerium.

Hartmut Gaßner ist kein Wissenschaftler, sondern Rechtsanwalt, der im Regierungsauftrag unsichere Zwischenlagerhallen an den AKW-Standorten gegen den Willen der Anwohner durchsetzte.

Wolfram Kudla ist Bauingenieur und hält ein Patent zum Verschluss von Stollen in Salzgestein.

Armin Grunwald ist Institutsleiter am KIT, das als „Kernforschungszentrum Karlsruhe“ jahrzehntelang Atomgefahren kleinredete, Atommüll produzierte, bedenkenlos verklappte und heute noch Transmutationsforschung betreibt.

Michael Sailer ist Chemiker, Geschäftsführer des Öko-Instituts und Vorsitzender der Entsorgungskommission des Bundes. Er hat als Berater der schwarz-gelben Bundesregierung sowie als von der CDU/CSU-Fraktion benannter Sachverständiger intensiv am Endlagersuchgesetz mitgearbeitet, das die Kommission nun evaluieren soll. Er ist zu-

dem im Gespräch als Präsident des neuen „Bundesamtes für kerntechnische Entsorgung“, dessen Notwendigkeit die Kommission erst prüfen soll. In der Vergangenheit sprach er sich für Castor-Transporte nach Gorleben und den Verbleib des Atommülls in der Asse aus und hält den Salzstock Gorleben als Endlager grundsätzlich für geeignet.

Ulrich Kleemann ist Geologe und grüner Regierungspräsident in Koblenz. Er arbeitete für die grüne Bundestagsfraktion zum Untersuchungsausschuss Gorleben und hält den Salzstock Gorleben für geologisch ungeeignet.

Detlev Appel ist ebenfalls Geologe und Mitglied des Ausschusses Endlagerung der Enskommission des Bundes.

Wissenschaftliche Expertise im Strahlenschutz besitzt niemand.

### „Vertreter der Zivilgesellschaft“

Als Vertreter der **Wirtschaft** wurden von Bundestag und Bundesrat gewählt:

Dr. Ralf Güldner – er ist Präsident des Deutschen Atomforums und Vize-Chef von Eon Kernkraft, sowie Gerd Jäger, Präsidiumsmitglied des Deutschen Atomforums und ehemaliger RWE-Vorstand für Atomkraftwerke.

Für die **Gewerkschaften** wurden bestimmt:

Erhard Ott (SPD), Leiter des für die Energiewirtschaft zuständigen Fachbereichs bei Ver.di, dem viele Angestellten der großen Atomstrom-Konzerne angehören, sowie Edeltraud Glänzer (ebenfalls SPD), stellvertretende Vorsitzende der IG BCE, der die Bergleute in Gorleben angehören.

Als **Kirchenvertreter** sollen fungieren Georg Milbradt (CDU), ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen und bisher weder als Experte für Atommüll noch als Repräsentant der katholischen Kirche öffentlich in Erscheinung

getreten, von der er entsandt wurde, sowie Ralf Meister, Landesbischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover.

Aus den **Umweltverbänden** hatte sich bis zur Benennung der Kommission durch Bundestag und Bundesrat niemand bereit erklärt, einen der beiden für sie vorgesehenen Plätze einzunehmen, weshalb diese freibleiben. Jedoch schon am Tag danach, am 12. April 2014, nachdem die anderen Kommissionsmitglieder benannt waren, haben Gesamtrat und Bundesvorstand des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) entgegen vorherigen anderslautenden Beschlüssen entschieden, ihren stellvertretenden Bundesvorsitzenden Klaus Brunsmeier diesem illustren Kreis beizugesellen.

Am 25. April 2014 erklärte zudem auf einem Treffen auf Einladung des Deutschen Naturschutzrings (DNR) in Berlin auch noch der Diplom-Ingenieur Udo Dettmann (SPD), Mitglied der Asse-2-Begleitgruppe und Vorstandsmitglied des Asse-Vereins aufASSEN e.V., trotz eines ausdrücklichen Votums von Umweltverbänden und Anti-Atom-Organisationen gegen ihn, seine Bewerbung um den 2. freien Sitz in der Kommission. Die Anti-Atom-Organisationen, die sich bereits durch den Beschluß des BUND brüskiert fühlten, forderten, wenigstens den 2. Sitz unbesetzt zu lassen. Auch der BUND-Kandidat Brunsmeier riet Dettmann von einer Kandidatur ab und empfahl ebenfalls, den 2. Sitz besser frei zu lassen.\* Der Co-

\* Udo Dettmann, Jahrgang 1972, hatte sich bereits frühzeitig Gedanken um die Finanzierung der Kommissionsarbeit gemacht. „Ein Sitzungsgeld von 1.000,- € ist ein Witz“ erklärte er im Dezember 2013 in einem Papier über die „Grundlagen für eine Teilnahme an der Endlagerkommission“. Für die Finanzierung der Aufgaben der Umweltverbände in der Kommission forderte er einen

Kommissionsvorsitzende Michael Müller empfahl stattdessen im Namen seiner Organisation, der Naturfreunde Deutschlands, den Vorsitzenden der Deutschen Umwelstiftung, Jörg Sommer, für den 2. Sitz.

Die Bestätigung beziehungsweise Wahl der Kandidaten für die Plätze der Umweltverbände soll durch den Bundestag am 5. Mai 2014 erfolgen.

### Kritik aus Verbänden, Anti-Atom-Organisationen und -Initiativen

Sowohl die Doppelspitze der Kommission als auch die Auswahl der Wissenschaftler, und selbst die Vertreter aus der Wirtschaft und den Gewerkschaften, sind genau anhand der Gorleben-Konfliktlinie besetzt worden, kritisiert die Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt. Das verhindere zum einen, daß eine 2/3-Mehrheit für geologische Kriterien zusammenkommt, die Gorleben ausschließen. Zum anderen führe die Gorleben-Fixierung dazu, daß es keinen wirklichen Neustart der Suche nach einem Umgang mit dem Atommüll gibt.

Jochen Stay, Sprecher von .ausgestrahlt: „Wir erklären seit Wochen, was aus unserer Sicht nötig ist, damit die Kommission erfolgversprechend arbeiten kann. Wer jetzt glaubt, mit der Benennung von Michael Müller eine Brücke zu den Umweltverbänden und Initiativen zu bauen, der hat die ganze Dis-

„Jahresetat von 1 bis 2 Millionen Euro“, weil die Anti-Atom-Initiativen „nur zu einem geringen Teil hierarchisch aufgebaut sind“, was bedeute, daß man sich „nicht alleinig der Meinung/Position von Bundesspitzen bedienen“ könne. Deshalb sei „zu erwarten, dass 2 bis 3 Wochen je Monat die Vertreter\_innen damit beschäftigt sein werden, diese ‚Basis‘ zu bereisen um sich die Meinung abzuholen.“ Und das könnten die beiden Vertreter der Umweltverbände in der Endlagerkommission „nur in Vollzeit“.

kussion um die Atommüll-Kommission nicht verstanden. Müllers Benennung ist ein weiterer Affront gegenüber denjenigen in der Anti-Atom-Bewegung, die bereit sind, konstruktiv mitzuarbeiten, wenn die Rahmenbedingungen Sinn machen. Erst verhindert die Politik eine offene gesellschaftliche Debatte zum Atommüll, indem sie mit dem Endlagersuchgesetz schon festlegt, was erst diskutiert werden sollte. Dann kündigen die Bundestagsfraktionen an, sie hielten sich jetzt zurück und in der Kommission habe endlich die Zivilgesellschaft das Wort. Worauf die Parteien dann aber beide Vorsitzende aus ihren Reihen benennen und sämtliche Wissenschaftler im Alleingang festlegen. Manche Wissenschaftler scheinen dabei eher nach ihrem Parteilich und weniger anhand ihres wissenschaftlichen Renommées ausgesucht worden zu sein. Und schließlich benennen sogar einige der zivilgesellschaftlichen Gruppen Parteimitglieder. Selbst die katholische Kirche schickt den ehemaligen sächsischen CDU-Ministerpräsidenten Georg Milbradt als Vertreter der Zivilgesellschaft in die Kommission.“

Der Schritt des BUND, aus der zuvor gemeinsam vertretenen Linie auszuscheren, sich nicht an der Endlager-Kommission des Bundestages zu beteiligen, stößt in der Umwelt- und Anti-Atom-Bewegung auf Ablehnung und Unverständnis. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) bedauert diesen Schritt, mit dem der BUND von der gemeinsamen politischen Einschätzung abweiche, daß das bisherige Standortauswahlgesetz keine ausreichende Basis für eine Zusammenarbeit in der Atommüllfrage biete, erklärte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. „So lange an Gorleben festgehalten wird, wird das tiefe Misstrauen in einen ehrlichen Neustart der Endlagersuche

nicht zerstreut, auch wenn nun doch ein Umweltverband einen Platz in der Kommission einnimmt. Es geht den Gorleben-Befürwortern in der Industrie und in der Politik um eine nachträgliche Akzeptanzbeschaffung und nicht um einen ehrlichen Neubeginn bei der Atommülllagerung.“

### Kommentar

Im November 2013 hatte die Mitgliedervertretung des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ihren Bundesvorstand in dem Beschluß unterstützt, nicht an der „Endlager-Kommission“ nach dem Standortauswahlgesetz teilzunehmen, weil das Gesetz keinen Erfolg bei der Suche nach einem sachgerechten und vernünftigen Umgang mit dem Atommüll verspricht. An dem Gesetz hat sich seitdem nichts geändert, jedoch konnte staunend beobachtet werden, mit welcher Geschwindigkeit dieser Beschluß der Basis mit Hilfe eines Funktionärsremiums in sein Gegenteil verkehrt wurde. Begründet wurde das mit dem Wunsch, nicht nur von außen, sondern auch von innen den Gang der Dinge zu beeinflussen. Das suggeriert das Bild eines Innenkreises (der Macht), den „die Menschen“ (Angela Merkel) von außen umgeben und zu ihm aufschauen. Daß dieses Bild stimmt, darf angesichts jahrzehntelang fortgesetzter Täuschungen, die nicht nur örtliche Initiativen von Seiten der Politik und der Verwaltungen erfahren haben, bezweifelt werden. Tatsächlich steht das „ancien regime der Politikerpolitik“ (Reinhard Ueberhorst) außerhalb im Abseits.

„Es lässt sich zeigen, dass alle erkennbaren Dissens und Konflikte im Feld der Atommüllpolitik immer auch unterschiedlichen Demokratie- und Politikverständnissen und unterschiedlichen Verständnissen vom richtigen Umgang mit komplexen Kontroversen zugeordnet werden können. Wir treffen auf diverse kon-

troverse atommüllpolitische Positionen und mit ihnen auch auf sehr unterschiedliche Vorstellungen, wie die Prozesse strukturiert werden sollten, mit denen eine umsetzbare Atommüllpolitik erreicht wird. Eine davon ist das Modell der Politikerpolitik des StandAG. Eine, nur eine, auch wenn es auf dem Vorblatt hieß ‚Alternativen: Keine‘. Wir streiten also mit Leuten, die ihre Politik für alternativlos halten. Das ist uns in der Geschichte der Kernenergiepolitik vertraut.“ Darauf wies der frühere Berliner Umweltsenator Reinhard Ueberhorst, 1979/80 Vorsitzender der ersten energiepolitischen Enquete-Kommission, am 29. März 2014 in seinem Vortrag auf der Atommüll-Tagung der Umweltverbände und Anti-Atom-Organisationen in Berlin hin. (Die von Ueberhorst geleitete Kommission hatte damals erstmals aufgezeigt, daß Atomenergie für eine sichere Stromversorgung nicht notwendig wäre. Sie wurde deshalb anschließend von der Politik ignoriert.)

Ueberhorst typisiert die derzeit noch vorherrschenden drei politischen Denkweisen wie folgt:

I. demokratische gesellschaftliche Verständigungsprozesse, orientiert an Verständigungsaufgaben, die zusammen mit WissenschaftlerInnen systematisch erarbeitet werden.

II. transformative Wissenschaft, die der Wissenschaft eine stärker führende, tendenziell stärker entscheidende Rolle zuschreiben (Kammer, Vetorecht gegenüber dem Deutschen Bundestag in zukunftspolitischen Themenfeldern) und viel Partizipation.

III. Weiter so, aber mit mehr Partizipation über VertreterInnen gesellschaftlicher Gruppen (die etwas einbringen sollen, was sie nicht mitbringen können) und viel Bürgerbeteiligung in Form einer Zielerreichungsbeteiligung mit

viel Unterrichtung, viel Gelegenheiten zu Stellungnahmen, die durch Ämter ausgewertet und nach Gusto der Ämter berücksichtigt werden (vgl. §9 StandAG).

Wie Denkweise III liest Ueberhorst das Modell der StandAG-Konzeption. Dafür sieht er folgenden Verlauf voraus: Der StandAG-Prozess wird wie beschlossen durchgezogen („vertraut uns“). Die Umweltverbände begleiten diesen Arbeitsprozess mit kritischer Aufmerksamkeit und vermitteln diese öffentlich für nicht gestellte Fragen, nicht geleistete Prozesse der rationalen Aufbereitung politisch bewertungsbedürftiger und bewertbarer technischer Alternativen, für irrationale, willkürliche Entscheidungen, denen der Vorlauf gesellschaftlicher Willensbildung fehlt, versäumte gesellschaftliche Rückkopplungsprozesse und nicht rational erarbeitete Standortentscheidungen. In der öffentlichen Konfrontation dieser Beiträge aus den Umweltverbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen und der Arbeit der Kommission, die mit den Einwänden nicht gut werden können, entsteht über kurz oder lang vor Ende einer irrtümlich aufgenommenen Kommissionsarbeit eine neue Situation, in der dann verspätet umgedacht wird. Oder: Spätestens im Jahr 2016 wird deutlich, dass wir vor einer Revitalisierung gesellschaftlicher Widerstandsprozesse gegen staatliche Endlager-Planungen stehen.

Th.D.

Es lohnt sich, den 24-seitigen Text von Reinhard Ueberhorst in voller Länge zu lesen: Reinhard Ueberhorst: Demokratische Atommüllpolitik – was wäre das? DNR-Atommüll-Tagung, Berlin 28./29.3.2014 <http://umweltfairaendern.de/wp-content/uploads/2014/04/Demokratische-Atommüll-Politik-Variante-IIa.pdf> ●

### Atommüll

## Sofort 40 Stellen für das neue Bundesamt für kerntechnische Entsorgung

### Gorleben im Reißverschluss – wie sich die Politik die Endlagersuche vorstellt

Im Entwurf für den Bundeshaushalt 2014 sind für das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BkE) 40 Stellen vorgesehen. Statt die Arbeitsergebnisse der Endlagerkommission abzuwarten, nimmt das BkE die Arbeit auf und ist im Kern mit den gleichen Fragestellungen befaßt wie die Kommission, kritisiert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Sie hatte wiederholt auf diesen „Webfehler“ des Standortauswahlgesetzes (StandAG) hingewiesen und die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) gebeten, die Arbeit des neu geschaffenen Bundesamtes zurück zu stellen, um nicht Fakten zu schaffen, die die Kommissionsarbeit absurd erscheinen lassen.

Punkt zwei der Grundsatzkritik der BI war und bleibt das Festhalten an Gorleben als möglichem Endlagerstandort. „Das Reißverschlussprinzip pro und contra Gorleben findet sich nun bis in die Spitze der Kommission verwirklicht, mit der Doppelbesetzung des Kommissionsvorsitzes mit der CDU-Politikerin Heinen-Esser und den SPD-Mann Michael Müller. „So wird das nichts mit einem Neustart der Endlagersuche“, prophezeit BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. ●